

## DEUTSCHLAND

## CDU und CSU streiten über Klima und Steuern

BERLIN. Eine Woche vor dem CDU-Parteitag gewinnt der Streit zwischen Christdemokraten und CSU an Schärfe. CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla erteilte dem Vorstoß des bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer eine Absage, die Klimaschutz-Ziele angesichts der Wirtschaftskrise aufzuweichen. Auch die Forderung nach schnellen Steuerentlastungen wies er zurück.

## Saar-SPD wählt Maas



DILLINGEN. Heiko Maas führt die Saar-SPD Partei zum zweiten Mal als Spitzenkandidat in eine Landtagswahl. Ein Parteitag wählte ihn mit einer Mehrheit von 97 Prozent zum Herausforderer von Ministerpräsident Peter Müller (CDU). Im Saarland wird am 30. August 2009 ein neues Parlament gewählt. Seit 1999 regiert die CDU mit absoluter Mehrheit. Foto: dpa

## EUROPA

## Große Koalition in Österreich

WIEN. Die sozialdemokratische SPÖ und die konservative ÖVP haben sich gestern auf eine große Koalition geeinigt. Neuer Bundeskanzler wird der Sozialdemokrat Werner Faymann. Die Österreicher hatten am 28. September nach dem Bruch der alten großen Koalition neu gewählt. Die beiden Großparteien verzeichneten dabei herbe Verluste.

## Vorwürfe gegen BND

PRISTINA. Die nach einem Sprengstoffanschlag auf die EU-Vertretung in der Kosovo-Hauptstadt Pristina festgenommenen Deutschen müssen für 30 Tage in Untersuchungshaft. Die kosovarische Staatsanwaltschaft wirft den mutmaßlichen Angehörigen des Bundesnachrichtendienstes Terrorismus vor, sagte ein Anwalt. Der BND äußerte sich nicht. dpa

## Angeblicher Anschlag

TIFLIS. In Georgien ist eine Autokolonne mit Polens Präsident Lech Kaczyński laut der georgischen Regierung angeblich von russischen Soldaten beschossen worden. Niemand wurde verletzt. In der Kolonne sei auch der georgische Präsident Michail Saakaschwili gewesen. Moskaus Militärführung wies die Vorwürfe zurück. dpa

## WELT

## Obama vergibt immer mehr Kabinettsposten

WASHINGTON. Der künftige US-Präsident Barack Obama wird aller Voraussicht nach Hillary Clinton zur Außenministerin machen. Der ehemalige Nato-Oberbefehlshaber Jim Jones soll nationaler Sicherheitsberater werden, sein langjähriger Mitarbeiter Robert Gibbs Sprecher des Weißen Hauses, der New Yorker Notenbankchef Timothy Geithner wird Finanzminister.

## Apec: Mehr Freihandel

LIMA. Das Apec-Wirtschaftsforum aus 21 Pazifikanrainern hat zum Abschluss seines diesjährigen Gipfeltreffens in der peruanischen Hauptstadt Lima zu mehr Freihandel und Antwort auf die globale Finanz- und Wirtschaftskrise aufgerufen. dpa

Redaktion: Dirk Breyvogel

## Thema des Tages Kampf gegen Piraten

Angesichts der zahlreichen Überfälle auf Handelsschiffe vor der Küste Somalias wollen die USA und Russland gemeinsam gegen Seeräuber vorgehen.



Ein Pirat steht vor der Küste von Hobyo in Somalia. Frachter auf Frachter bringen die Seeräuber im Golf von Aden mit Panzerfäusten und Maschinengewehren in ihre Gewalt. Foto: dpa

## Somalier haben schon 16 Schiffe in ihrer Gewalt

320 Besatzungsmitglieder entführt – Steinmeier: Wir brauchen sichere Seewege

MOGADISCHU. Islamische Rebellen in dem vom Bürgerkrieg zerrütteten Somalia wollen angeblich die Seeräuber am Horn von Afrika bekämpfen. Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung (CSU) sprach sich für ein europäisches Mandat mit klarer Rechtsgrundlage für den Kampf gegen die Seeräuber aus.

Dessen ungeachtet hielten die Piraten am Sonntag weiterhin 16 Schiffe mit rund 320 Besatzungsmitgliedern in ihrer Gewalt. Die Verhandlungen um das Lösegeld für den gekaperten saudischen Supertanker „Sirius Star“ dauerten an.

Die USA und Russland einigten sich darauf, im UN-Sicherheitsrat

die rechtliche Grundlage einzuholen, um den gemeinsamen Einsatz zur Bekämpfung der Schiffsüberfälle zu legitimieren. „Der Kampf muss zu Wasser und an Land ge-

„Wir sind auch gegen Piraten“

Scheich Isse Adow, Sprecher der islamischen Rebellen

führt werden“, sagte Russlands Außenminister Sergej Lawrow. Der Sicherheitsrat hatte schon im Juni andere Staaten ermächtigt,

mit Kriegsschiffen und Flugzeugen gegen die Piraten vorzugehen.

Ein Sprecher der islamischen Rebellen, Scheich Abdirahim Isse Adow sagte dazu. „Wir sind auch gegen Piraten. Falls wir Piraten sichten, werden wir gegen sie vorgehen.“

Verteidigungsminister Jung dringt auf ein europäisches Mandat mit klarer Rechtsgrundlage. „Nur damit könnte die deutsche Marine auch mit Waffengewalt gegen Piraten vorgehen.“ Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) sagte: „Angesichts der immer größeren Dreistigkeit der somalischen Piraten müssen wir dringend handeln. Wir brauchen wieder sichere Seewege.“ dpa

## Deutschland überweist 23 Milliarden an die EU

Haushalts-Beitrag liegt damit gering unter dem des laufenden Jahres

Von unserem Korrespondenten Detlef Fechtner

BRÜSSEL. Die Europäische Union kann im nächsten Jahr 116 Milliarden Euro ausgeben – für Regionalhilfen, Agrarsubventionen, Technologie-Förderprogramme und alle anderen Aufgaben.

Die 27 EU-Regierungen haben sich mit der EU-Kommission und dem Europäischen Parlament auf

diesen Betrag geeinigt. Er liegt 0,3 Prozent höher als die Summe für dieses Jahr.

Forderungen nach einer etwas stärkeren Aufstockung wurden von den Finanzministern abgewiesen – zumal die Haushalte wegen Finanzkrise und drohender Rezession mit erheblich mehr Ausgaben als ursprünglich geplant in ihren Heimatländern rechnen. „Der deutsche Finanzierungsanteil am EU-Haushalt

2009 wird voraussichtlich knapp 20 Prozent betragen“, erklärt das Bundesfinanzministerium. Das entspricht 23 Milliarden Euro. Deutschlands Beitrag würde damit geringfügig niedriger ausfallen als in diesem Jahr.

Wie viel Geld die EU den deutschen Steuerzahler tatsächlich unterm Strich im nächsten Jahr kostet, lässt sich mit Sicherheit aber erst 2010 sagen.

## „Kindergeld-Erhöpfung reicht nicht aus“

Kritiker fordern zusätzlich einen jährlichen Inflationsausgleich und einen höheren Kinderfreibetrag

Von Christian Kerl

BRAUNSCHWEIG. Die von der Bundesregierung geplante Erhöhung des Kindergeldes wird von Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und Gewerkschaften als nicht ausreichend kritisiert.

Die Regierung plant eine Anhebung auf 164 Euro, für das dritte Kind auf 170 Euro und auf 194 Euro ab dem vierten Kind.

Zugleich soll der Kinderfreibetrag von bisher 5806 auf 6000 Euro steigen. Das Gesetz soll im Dezember beschlossen werden. Heute wird der Bundestags-Finanzausschuss in

einer Anhörung Sachverständige zu den Plänen befragen.

„Die Erhöhung des Kindergeldes um 10 Euro für das erste und das zweite Kind und 16 Euro für das dritte und jedes weitere Kind kann nicht einmal den Ausgleich für den Kaufkraftverlust seit der letzten Anhebung 2002 sicherstellen“, kritisieren die großen Verbände der freien Wohlfahrtspflege in ihrer Stellungnahme.

Allein für den Inflationsausgleich seit 2002 müsste das Kindergeld um 18 Euro, ab dem dritten Kind um 21 Euro angehoben werden. Es sei nicht erkennbar, wie Familien durch



Eine deutsche Großfamilie. Vater, Mutter, sechs Kinder. Archivfoto: dpa

die Erhöhung des Kindergeldes und der Kinderfreibeträge spürbar entlastet werden könnten, so die Bun-

## 2013 beginnt die Tilgung der Schulden

Wie solide ist der Bundeshaushalt 2009? Mit dem CDU-Haushaltsexperten Jochen-Konrad Fromme (Salzgitter-Wolfenbüttel) sprach Christian Kerl.



Herr Fromme, die Arbeiten am Haushalt 2009 wurden spät beendet. War die Einigung so schwer?

Im Vorfeld hat es in der Koalition einige Male gekracht. Doch am Ende haben wir angesichts der veränderten Rahmenbedingungen den richtigen, aber schmalen Pfad getroffen: Wir sparen nicht in die Rezession hinein, machen aber auch kein klassisches Konjunkturprogramm. Da wir weniger Steuereinnahmen erwarten, die Privatisierungserlöse geringer ausfallen und wir Investitionen erhöhen, müssen wir acht Milliarden Euro mehr Kredite aufnehmen.

Ihr Ziel war die Sanierung des Haushalts, ab 2011 sollten gar keine neuen Schulden gemacht werden – das ist doch ein bitterer Rückschlag?

Zufrieden kann man nicht sein. Ich habe es immer für einen Fehler gehalten, dass wir die Ausgaben der letzten Jahre fast auf das Niveau der Einnahmen hochgefahren haben. Es wäre richtig gewesen, Spielraum für Schwankungen zu lassen. Jetzt sind wir um zwei, drei Jahre zurückgeworfen. Generell gilt: Ein Haushalt muss atmen können. Das bedeutet, dass man jetzt im Abschwung etwas mehr ausgibt.

Nur: Man müsste gleichzeitig im Finanzplan später die Rückführung dieser Zusatzausgaben festschreiben. Das hat die Union auf meine Initiative auch gefordert: Wir wollten, dass der Bund 2013 mit der Schuldentilgung beginnt – das gab es bisher nicht, das würde die Haushaltsdisziplin erhöhen. Aber die SPD hat das strikt abgelehnt. Ich fürchte, sie gibt die solide Haushaltspolitik jetzt auf.



Jochen-Konrad Fromme (CDU).

Die Opposition sagt, der Haushalt sei nicht solide – verlässlich lasse sich erst im Frühjahr planen.

Wenn man den Haushaltsbeschluss verschiebt, verstärkt man die Krise noch, weil Ausgaben verzögert werden. Aber natürlich gibt es in der jetzigen Situation Risiken; notfalls muss man einen Nachtragshaushalt aufstellen. Ich glaube aber, dass unsere Volkswirtschaft durch die Reformen der letzten Jahre erheblich an Stabilität gewonnen hat: Wir sind unabhängiger auch von anderen Märkten geworden, sonst hätte die US-Krise mehr durchgeschlagen.